

Ersteinst täglich
ausfällige mit Wasser
von Sonn- und Feiertagen.

Preispapier
monatlich 60 Pf. frei ins Haus,
wenn die Post vorwärtschickt
1,00 Mark ohne Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsblätter);
monatlich 10 Pfennig.

Subskription:
Jahrgang 46/48, Ferndruck 100
Broschüren; monatlich von
12—14 Pf. mittig.

Sozialdemokratisches Organ

Anzeigengebühr
besteht für die Kapitalisten
Kolonnen des ersten und zweiten
30 Pf., für anomale An-
zeigen 20 Pf., Anzeigen unter
dem Zeichen die 20 Pf.

Anzeigen
für die fünfte Nummer
müssen spätestens die vor-
mittags 9 Uhr in der Ver-
redaktion vorliegen sein.

Hauptgeschäftsstelle:
Halle 46/48, Ferndruck 100
Broschüren; monatlich von
12—14 Pf. mittig.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Internationale Verständigung.

Das Ergebnis der Berner Konferenz.

Am friedlichen Pfingstfest sah die Schweizerische Hauptstadt Bern die erste parlamentarische Verständigungskonferenz zwischen deutschen und französischen Volksvertretern. Die eintägig Versammelten berieten kameradschaftlich, protestierten gegen die Witterverhöhnung und beschloßen eine gemeinsame Kundgebung zugunsten der friedlichen Verständigung, der internationalen Abkommen, der schiedsgerichtlichen Schlichtung von Differenzen und der Sicherung des Friedens. Sie gelobten, dafür zu arbeiten und zu wirken. Dies Ergebnis ist erfreulich.

Die Sozialdemokratie kann um so herzlicher die Arbeiten der Konferenz begrüßen, weil sie erkennt der treibende Anreger dieser Verständigungsversuche ist, zweitens aber, weil sie allein es bleibt, die dieses Gelobten tatkräftigen Wirkens in die Wirklichkeit umsetzen kann. Aber gibt es vielleicht sonst noch eine Partei, die grundsätzlich für Verständigung und Abrüstung kämpft und ihre Grundzüge durch Ablehnung jedes weiteren friedensgefährdenden Betreffens betätigt? Keines! Im Gegenteil: die in Bern vertretenen bürgerlichen Parteien (Fortschrittler und Zentrum) ist zum Vorwurfe zu machen, daß sie nur in Worten ihre Friedensliebe beteuern lassen, daß sie aber durch ihre Taten das kapitalistische Kastraten so maßlos in die Welt betreiben, daß es einmal zur Katastrophe führen muß. Dieser Zwiespalt zwischen Geloben und Handeln wird auch weiterhin bestehen bleiben, damit rechnen wir. Aber gerade darum kann sich die Sozialdemokratie über das Ergebnis von Bern freuen, denn aus dieser offenen Aufzeichnung des Gegenlatzes zwischen der ideologischen Führung der bürgerlichen Parteien und ihrem realen Handeln lautet die Sozialdemokratie neue Kraft. Es sind ja unsere Ideen, es ist ja unsere Arbeit, die hier Keime entwirft und Blüten entfaltet, denen in gebührender Zeit die Früchte folgen werden. Aber sie werden nicht reifen, wenn unsere Arbeit den Boden nicht begießt und die Wärme nicht spendet. Nur die Arbeiterorganisationen der Sozialdemokratie können den Berner Beschlüssen Rückhalt und Kraft in den Völkern geben. Und das werden sie!

Die Berner Verständigung ist freilich nur ein erster zöger Schritt, dessen Erfolg erst durch Kampf gesichert werden muß. Aber aller Anfang ist schwer. Da die Konferenz einen klärenden Ausgang in Aussicht eingeleitet hat, dessen deutsches Präsidium die Sozialdemokratie (durch Gen. Saale) führt, so werden diese Aktionen weiter verfolgt, umfassender ausgebaut und mächtiger gestaltet werden. Es gilt, die moralische Macht der Verständigungsarbeit in die reale Gewalt im Staatsleben umzusetzen — eine Riesenaufgabe zwar, aber keine unlösliche. Die schaffenden Volksmassen werden durch die Entwicklung immer härter gezwungen, ihre Kraft für Verständigung, Schiedsgerichte, Abrüstung einzusetzen, weil diese Fragen für sie zu Lebensfragen werden. Für das Volk der Arbeit bedeutet Völkerverhöhnung, kriegerische Konflikte und maßloses Wettrüsten ungeheure Opfer, die es durch seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Niederhaltung bezahlen muß. Dies Joch kapitalistischer Herrschaft müssen die Arbeiter in allen Ländern abzuschütteln versuchen — die Entwicklung zwingt sie dazu. Da hierfür alle Mittel gelten, die irgendeine die Aktion stärken können, so begrüßt die Sozialdemokratie die Berner Friedensworte.

Die internationale Sozialdemokratie wird bereit die Kraft erlangen, durch ihre Kraft den Frieden der Völker diktiert zu können. Sicherung des Friedens, Abrüstung und gemeinsame Verständigung zwischen den Völkern bedeutet Öffnung des Weges für den glanzvollen Aufstieg der Menschheitskultur. Dem Pfingstfest 1913, das den ersten Keim für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich entfaltete, wird ein ehrendes geschichtliches Gedenden gesichert sein.

Konferenzbericht.

P. B. Bern, 11. Mai 1913.

Wir wissen, daß aller Anfang schwer ist; aber wo ein Wille ist, findet sich ein Weg! — so rief unter hümischem Beifall August Bebel in der Begrüßungsansprache aus, die er am Sonntag morgen in der Aula der Berner Universität bei der Eröffnung der deutsch-französischen Verständigungs-Konferenz hielt, nachdem schon der französische Senator, d'Estourville, nachdem schon im Namen der französischen Abgeordneten den Schweizern heißen Dank für ihre Einladung aus-

gesprochen und der Ueberzeugung Ausdruck verliehen hatte, daß diese erste Konferenz (so er betonte das Wort „erste“) der Menschheit einen Niefendienst leisten könne, wenn sie die deutsch-französische Entspannung anbahne. Vier schweizerische Nationalräte, die Genossen Grimm, der den Vorsitz in der Eröffnungs-Sitzung führte und dem das Hauptberichter bei der Ausföhrung der Organisationsarbeiten zufiel, Gsell und die Herren Gschab und Gustav Müller, hatten die Konferenz herzlich begrüßt und ihr mit dem gemeinsamen Hinweis auf die Tatsache, daß in der Schweiz drei verschiedene Völker mit drei verschiedenen Sprachen nebeneinander wohnen und arbeiten, den besten Erfolg gewünscht. Sofort bei der Eröffnung, die um 9 Uhr erfolgte, zeigte sich, daß zwischen den Abgeordneten beider Länder eine herzliche Stimmung herrschte; die Atmosphäre war förmlich von gutem Willen, sich gegenseitig zu verstehen, getränkt.

Die Franzosen sind viel zahlreicher als die Deutschen erschienen. Außer den Sozialisten, die aus beiden Ländern je einen Mann als offizielle Delegation schickten, sind etwa ein Duzend bürgerlicher Abgeordneter Deutschlands anwesend, darunter Konrad Baummann, Dr. Haas, der elsaß-lothringische Abgeord. Dr. Haegg, der Präsident des elsaß-lothringischen Landtags, Melchiorssabg, Dr. Midlin, der Däne Hansen und ein halbes Duzend elsaß-lothringischer Landtagsabgeordnete, die den Verhandlungen als Zuhörer beizuwohnen. Aus Frankreich sind dagegen über 100 bürgerliche Abgeordnete erschienen, darunter ehemalige Minister, wie Angagastur, der vier Jahre lang Generalgouverneur von Madagaskar war und einige Monate Minister der öffentlichen Arbeiten, Paul Boncour, Exminister der Arbeit, Manu und Wido. Außerdem sind von den namhaftesten radikalsten Führern erschienen, so Antoin Bouillon, der zehnjährige Ferdinand Wullson, Präsident der Wahlreformkommission von Islande au, Derriot, der Bürgermeister von Lyon, einer der jüngsten, unbrauchbarsten Kräfte der radikal-sozialistischen Partei Frankreichs, der Aussicht hat, eines Tags Ministerpräsident zu werden, so sogar Parlamentarier, die zur Rechten gehören, wie Wagnier, den man als „Kaufmann“ und „Kaufmann“ bezeichnet. Anfangs wies die deutsche Delegation in großem Mißverständnis auf französische zu stehen; aber schließlich stellte sich heraus, daß mehr Fortschrittler angekommen waren, als sich angenommen hatten. Problem muß man betonen, daß die französischen bürgerlichen Parteien sich politisch viel mutiger und weiter setzen, als die deutschen, indem sie eine wahrhaft geniale Zahl von Vertretern schickten. Die Stimmung ist durch den schwärzenden Besuch Deutschlands aber nicht im geringsten ungünstig beeinflusst worden. Schon bei der vorwöchentlichen Zusammenkunft, die am Sonnabend abend im Vredierst-Zaal des Berner Hofes stattfand, herrschte eine außerordentlich freundliche Atmosphäre. Soweit die Sprachverständlichkeiten nicht von vornherein diese Abgeordnete, die sich gegen einander unterhalten hätten, daran verhindern, fanden sehr lebhaft Diskussionen statt. In einer Eile land eine Anzahl französischer Abgeordneter um diebsteht gruppiert; in einer anderen sah sich Franz unrichtig; eben Konrad Baummann, Professor Durbach, der als bürgerlicher Landtagsabgeordneter und Vize der Konferenz beizuwohnen. Die Genossen Saale und Wullson unterhielten sich eifrig mit Ferdinand Wullson. Franklin Wullson ließ sich von Dr. Weill über die elsaß-lothringischen Verhältnisse aufklären. Diese beiden Stimmungen herrschte auch in der Eröffnungs-Sitzung, in der französische und deutsche Parlamentarier buntgemischt durcheinander saßen.

Nach 12 Uhr mittags ging man auseinander mit den besten Wünschen auf guten Erfolg.

Außer weiteren Begrüßungsansprachen, die gehalten wurden, kamen eine Anzahl von Telegrammen und Schreiben zur Verlesung, unter welchen die der Reichstagsabgeordneten v. Bamer und Eißel, Generalministers Saale und der alldeutschen Gewerkschafts-Vöder, der im Namen der nationalliberalen Partei schrieb, das größte Aufsehen erregten.

Hierauf traten die nationalen Delegationen in geschlossenen Beratungen zusammen, um die Vordränge zu beraten, die in der geschlossenen gemeinsamen Sitzung der beiden Delegationen eingebracht werden sollen. Die Sitzung ist auf 1/2 Uhr festgesetzt; die öffentliche Plenarsitzung auf 5 Uhr.

Der Anfang ist gemacht; dem ersten Schritt werden andere folgen! — dieses Gefühl herrschte nach der Eröffnungs-Sitzung bei allen Anwesenden; es drückte sich dieses Gefühl in einer freudigen Erregung aus.

Die nachmittags 5 Uhr beginnende Plenarsitzung nahm die vorangelegte Resolution einstimmig an, in der jeder die deutsche Wirtshaus, die sich in beiden Ländern dreimal, sofort protestiert wird. — Der elsaß-lothringische Volksvertretung wurde dann der Dank der Konferenz ausgesprochen für ihre hochherzige Erklärung gegen den Krieg, welche die Annäherung beider Länder erleichtert.

Dem Vorschlag, dem die Franzosen d'Estourville, welches de Constant und Genoffe Jaurès, die Deutschen Genoffe Saale und der Fortschrittler Baummann, ferner der Präsident des elsaß-lothringischen Landtags Midlin, angehören, wurde der permanente Charakter verliehen. Es wurde beauftragt, die Konferenz regelmäßig jährlich, in dringenden Fällen sofort einzuberufen.

Auch während der ganzen Dauer der ersten Plenarsitzung herrschte eine herzliche Stimmung. Das Merkmal bedeutet einen Erfolg der Friedenssache. Die zweite Konferenz erscheint gefichert.

Die Verständigungs-Resolution.

Die Konferenz einmütig unter großem Beifalle annahm, hat folgenden Wortlaut:

Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die verbrecherischen kabinettischen Hebereiien jeder Art und gegen die sträflichen Theorien, die auf beiden Seiten der Grenze den gelunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande verzerren drohen. Sie weiß und verleiht, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jeden Fortschritts. Sie

verpflichtet sich, unermüdet daran zu arbeiten, daß Völkerverständigung herbeiführt und Konflikte vermieden werden, und wie nach dem Vertrag der vom Volke gestifteten Vertretung, die durch ihre einmütigen hochherzigen Erklärungen die Annäherung beider Länder zu einer vereinigten Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat. Sie läßt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Verständigung der Ausgaben für Heer und Flotte herbeiführen. Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag. Sie fordert demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten und die auf diplomatischem Weg nicht zu schlichten sein sollten, dem Saager Schiedsgericht unterbreitet werden. Sie läßt auf ihre Mitglieder, daß sie in diesem Sinne eine tatkräftige und nachhaltige Wirksamkeit entfalten werden. Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, die die Hindernisse zwischen den großen Völkergruppen erleichtert und damit die Grundbedingung der Weltfriedens schaffen werde. Sie bezieht, daß ihr Präsidium sich als ständige Kommission konstituiert mit dem Recht beiderseitiger Reorganisation. Sie gibt dem Komitee zugleich den Auftrag, neue Konferenzen periodisch oder je nach den Umständen unverzüglich einzuberufen.

Weitere Meldungen:

Bern, 2. Mai. Nach der endgültigen Präsenzliste haben an der Konferenz 41 Mitglieder der deutschen Reichstages und vier Mitglieder des schweizerischen Landtages teilgenommen, während Frankreich durch 194 Kammerabgeordnete und 21 Senatsmitglieder vertreten war.

Die Konferenz fand ihren Abschluß durch eine ungetragene Zusammenkunft im Berner Hof, zwischen den Deutschen und Franzosen herrliche große Herzlichkeit.

Landtags-Wahlkampf.

Die Regierung verleihe sich kein Volksblatt!

Das Regierungsgesetz des Herrn Bethmann, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, muß nicht vernarrt in unser halbes Volksblatt sein, denn dieses würdige Staatsorgan verfolgt unsere Exalten mit Argwohn. In der Pfingstnummer freilich das Regierungsgesetz der Freiheit und sucht ihn durch Anführung unserer konsequenten und scharfen Bekämpfung für die Regierungsparteien einzufangen. Es schreibt da:

Anläßlich einer Erklärung der Dresdener Freireimigen, den liberalen Wahlmännern werde unter keinen Umständen das Anfinnen gestellt werden, für einen Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei zu stimmen, bemerkt das halbes Volksblatt, der Freireim sei an Erbürdigkeit nicht zu übertraffen, tiefer könne sich wohl kaum eine Partei in Durch und Feigheit demütigen, als es hier der Freireim vor den Konfessionen tue; sein Kampf gegen recht und sein Bahndrehschlamm sei eitel Gumpel. Denselben Gedanken hatte das genannte Blatt schon vorhin in einem Leitartikel ausgesprochen, worin es erklärte, der Freireim sei genau so ungewürdig wie die übrigen bürgerlichen Parteien. Seine Entwidlung sei seine innere reaktionäre Natur, und nur deshalb mag er für den Staat die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht zu stellen, weil er genau weiß, daß die anderen „reaktionären“ Parteien sie doch ablehnen. „Gäbe der Freireim in preussischen Landtage die Macht, er würde das gleiche Wahlrecht genau so verweigern, wie im Hamburger, Bremer und Lübecker Landtage. Der Freireim ist kein Bundesgenosse für uns“.

Das sind nur einige Stichproben aus der Willenteile der unanfechtlichen Kritik, die der fortschrittlichen Volkspartei in der sozialdemokratischen Presse gewidmet werden. ... Trotz der zurückhaltenden Schonung, mit der in einem Teile der liberalen Presse die Umfänge (1) immer noch behandelt werden, wird man angeführt, daß von der Sozialdemokratie in so heftigen Formen gegen den Freireim geführten Wahlkampfes wohl annehmen dürfen, daß die fortschrittliche Volkspartei sich auf ein solches Abkommen nicht einlassen würde.

Freilich nicht! Nur keine Bange! Ein Abkommen des Freireims mit den Sozialdemokraten ist nicht zu befürchten. Aber nicht etwa wegen unserer Versicherungen, die ja doch nur Tatsachen darlegen, sondern weil der Freireim letzten Endes der Vertreter der bürgerlichen Klassen ist und als solcher erkannt hat, daß er sein eigenes Grab schaufelt, wenn er die Partei der Arbeiter irgendeine unterwirft. Gäßen die Fortschrittler wirklich einen Kampf für das gleiche Wahlrecht führen wollen, so müßten sie sich im Wahlkampf mit uns verbinden, was Spielend leicht gewesen wäre. Die Sozialdemokratie machte ja nur die Heine Selbstverständlichkeit zur Bedingung Gleichberechtigung! Wir stimmen bei Einmütigen für Euch und nur wir sind es! Das letzte der Freireim auf seiner Zugung und durch seine Freireim, ein Beweis dafür, daß seine Worte Bekämpfung der Reaktion nur Gleichwas sind, den seine Partei folgen. Genau wie jetzt kein Friedensgerede in Bern kein ernstes Handeln gegen das kapitalistische Kastraten zur Folge hat. Halbseit überall!

So sehr also das stimmt, was das Regierungsgesetz aus unsern Artikeln gegen den Freireim zitiert, so wenig hat das preussische Gewaltsystem Ursache zu der Furcht, die tapferen

fortschrittlichen werden immer gefährlicher werden. Denn wenn die einzig gefährlichen „Allmütiger“ in Preußen sind und bleiben die Sozialdemokraten.

Vordelwirt erster, Bürgermeister dritter Klasse!

Die tolle Verzerrtheit des herrschenden preußischen Dreiklassenwahlsystems erweisen die Abteilungslisten aus Neud. In Berlin wählen z. B. sechs Mann eine Klasse und weitere 7 preußische Beamte in der dritten Klasse, weil in ihrem „borendem“ Vierteil die allerhöchsten Millionen die erste Klasse besetzen. In Berlin ist das Hamburger Geost. die Bürgermeister, Senatoren und Regierungsräte in die dritte Klasse gemessen worden, weil die Vordelwirtscher mit ihnen von den unglücklichsten Wählern repräsentiert die erste Klasse inne haben. In Altona repräsentieren also die Guremwitzer „Beißig und Bildung“ und damit das ganze herrliche Preußenhuhn. Am 11. März 1910 erklärte Herr p. Jedem im Abgeordnetenhaus:

Das gleiche Maßrecht ist für alle doch eine ungeheure Ungleichheit gegen alle diejenigen, deren Stimme gegenüber der höheren Leistung an den Staat persönlich oder finanziell, gegenüber den größeren Verdiensten, der größeren Erfahrung, der größeren Bildung höher zu bewerten ist.

Widmung und Verdienste sind natürlich vor allem in der ersten Wählerklasse zu suchen. Wir fanden dort — so schreibt das Echo — als ersten Steuerzahler in Altona überhaupt, mit der kleinen Steuerleistung von 884.600 M., den Sohn des bekannten Margarinekaufmanns Kaufmann Peterden Rohr, das nächste.

Vordelwirt H. M. E. Grünig, Annenstr. Vordelwirt G. Schäfer, Kleine Marienstr. Vordelwirt E. A. M. Sonnenhof, Peterstr. Der solide Mittelstand kommt, wie die Regierung an der Hand von Wahlakten vom Jahre 1908 „nachweislich“, beim Dreiklassenwahlrecht am besten zum Durchbruch. Es ist in der Tat ein wirkliches — Mittelstandswahlrecht. Wie dieser solide Mittelstand aussieht, zeigt uns die zweite Wählerklasse:

Vordelwirt A. D. C. Kelling, Al. Marienstr. Vordelwirt Paulsen, Friedrichsbadstr. Vordelwirt H. J. Annenstr. Vordelwirt K. A. Marienstr. Was die dritte Wählerklasse angeht, so lagte darüber der Landtagsabgeordnete Senator Marlow am 26. April 1910:

„Ich halte es für ungerecht, daß dem Fabrikanten, dem Gelegenheitsarbeiter, der jeder Gelegenheit zur Arbeit am dem Wege geht, der niemandem nützt und sich noch am wenigsten schadet, die gleiche politische Macht zugeteilt wird, wie dem Kaufmann, der durch seine Tüchtigkeit und Energie neue Arbeitsgebiete eröffnet.“

In der dritten Klasse finden wir:

- Die Arbeiterklasse.
- Bürgermeister Dr. Schulz.
- Bürgermeister Hofmann.
- Senator Bredemeyer.
- Landgerichtsdirektor Levin.
- Landgerichtsdirektor Voigt.
- Landrichter Müller.
- Landrichter Engel.
- Landrichter Ernst.
- Landgerichtsrat von Düning.
- Prof. Dr. Schumann.
- Prof. Dr. Mittelberg.

Mit dem Funktion der Heberzeugung hat Herr von Selbts am 11. Februar erklärt: „Das gleiche Maßrecht entspricht weder den Anforderungen der Gerechtigkeit, noch den Anforderungen der Vernunft.“ Aber das Dreiklassenwahlrecht — das ist natürlich etwas anderes.

„Preußen macht mich zum radikalen Sozialdemokraten!“

Die Behandlung der Sozialdemokratie durch die preußische Regierung tritt dieser Tage zwei fidele deutsche Reichstagsabgeordnete in öffentlichen Versammlungen. Die Neuerungen sind nicht nur die Einführung der Wahlrechtsreform, sondern auch die Einführung der Wahlrechtsreform. Die Neuerungen sind nicht nur die Einführung der Wahlrechtsreform, sondern auch die Einführung der Wahlrechtsreform.

Wir setzen eine andere Behandlung der Sozialdemokraten. Ich spreche hier vor allem von Norddeutschland, wo noch Klagen gegen eine solche Behandlung, die, wie in den badischen Verhältnissen lebt, gar nicht bestehen kann. Ich bin nicht Sozialdemokrat, sondern von Grund aus liberal von Jugend her, — aber es ist doch wirklich unmöglich, die sozialdemokratische Heberzeugung als moralisches Unrecht zu brandmarkieren und gesellschaftlich zu ächten. Es ist gewiß hoch erfreulich, daß Vordelwirtscher und Jugendmänner und ähnliche Organisationen Aufrechterhaltung auf der Ehrenbahn erhalten. Warum kann aber nicht auch die Sozialdemokratie auf der Ehrenbahn verweilt? Politisch sind sie gewiss heile, und wenn man doch einmal sozialdemokratische Jugend hat, ist es doch nicht besser, daß sie gesund als verkommen ist? Das sind keine Tatsachen, die aber ungeheuer verberbernd wirken. Wenn man in Berlin große Arbeiterversammlungen besucht und die Frage wird aufgeworfen: „Wie können wir unsere politische Entschiedenheit ändern?“ und kein Mensch eine Antwort findet, schließt wohl der dumpe stille Gedanke durch den Saal: „Ein fremder Eroberer!“ Das Gefühl, Ungerechtigkeit zu leiden, das die dritte Klasse in Norddeutschland heute erfährt, führt zu einer Verbitterung, die Volk und Staat einander völlig entfremdet.

Das sind zwei fidele wichtige Gründe, die diese fidele deutschen Liberalen dem preußischen Regimente verweigern. Aber ehe ich ändert sich dadurch das preußische Wahlrecht nicht im geringsten, zweifeln werden auch die preußischen Liberalen nicht an dem radikalen Sozialdemokraten — im Gegenteil, nicht nur die Nationalliberalen sondern auch die Fortschrittler fallen der Sozialdemokratie in ihrem grundständlichen und härtesten Kampfe gegen die Preußenherrschaft in die Hände. Die preußischen Liberalen dürfen viel lieber die Reaktion, als daß sie der Sozialdemokratie Gleichberechtigung bei einem Abkommen gewähren. Aber all das hat die Sozial-

demokratie groß gemacht. Denn die Volkswahlen erkennen immer mehr, daß sie der einzige Faktor ist, der den preußischen Betreuungsstempel wirksam führt.

Steuerpolitik in Preußen.

England läßt alle Einkommen von unter 9000 M. überhaupt steuerfrei. In Preußen hatten die physischen Rentisten mit Einkommen von 900 bis 3000 M. im Jahre 1911 aufzubringen: 95 721 700 M. oder 45 % der Steuerleistung der Rentisten mit einem Einkommen von über 9000 M. Andererseits bringt die Erbschaftsteuer in England über 500 Millionen Mark in Preußen (1910) 0,94

Schöner als durch diese Steuerergebnisse kann die Steuerleistung der Reichen und die arbeitslose Ausprägung der kleinen Einkommen in Preußen nicht zum Ausdruck kommen. Öffentlich verbreitet ist bei der Wahl die Wirkung nicht. Man verfolge seinen Augenblick: es brachte die

Einkommensteuer	von Einkommen Erbschaftsteuer	bis 3000 M.
in England	0,00	500 000 000 M.
in Preußen	95 721 700	943 100 „

Was den Reichen bei uns an Opferwilligkeit abgeht, das erliegen sie reichlich an daß gegen die Arbeiterklasse und Besteuerung für das nichtnutzige, den Steuerzahler ermäßigende Dreiklassenwahlrecht.

Preussische Veteranenfürsorge!

Eine erschütternde Schilderung über das Ende eines Veteranen bringt die Tilsiter Allgemeine Zeitung. Sie schreibt von dem Kriegsteilnehmer: „Er hatte einst eine Wundung von 20 Wunden bei Jasterburg. Als Garibaldi hatte er im Jahre 1864 den Krieg gegen Dänemark und den Sturm bei Düppel mitgemacht. 1886 hatte er gegen Oesterreich tapfer getritten und im Feldzuge gegen Frankreich hatte er in vielen Schlachten mitgekämpft, auch die Belagerung von Paris hatte er bis zum Friedensschluß mitgemacht. Nach dem Kriege wurde er als gesund entlassen mit sechs Orden und Ehrenzeichen war sein tapferer Mut geschätzt; aber als er älter wurde, stellte sich allmählich Schwerhörigkeit ein. Er wurde behindert, und als er fast 60 Jahre alt war, stellte er den Antrag auf eine Rente aus dem Veteranenbunde. Der Antrag wurde aber abgewiesen. (1) Da kam der Herr Landrat selbst zu ihm, um sich von seiner Not zu überzeugen. Aber nun er machte in dem alten Streiter der alte Stolz. Und als der Landrat ihn verließ, er wollte sich für ihn Sorgen, da sagte unter seiner Mauer: „Der Landrat, wenn Sie mir das nicht eher geben wollen, so muß ich nicht mehr.“ Als er das gesagt hatte, drehte er sich im Stutz um und sprach sein Wort mehr. An andern Tagen hatte er die Augen für immer geschlossen.“

So geht's im Lande der Junter!

Politische Ueberblick.

Halle (Saale), den 13. Mai 1913.

Steigerung des Volksfraudes?

Jetzt, kurz vor der preussischen Landtagswahl, wird von den gegenständlichen Presse eine Behauptung verbreitet, die leicht vernehmbar werden und deshalb nicht nachlässig genug zurückgenommen werden kann. Sie ist im wesentlichen, wie ich hierüber, wie es scheint, in einem Gespräch handeln und nur aus richtigen Zahlen falsche Schlüsse gezogen haben. Wir meinen die Behauptung, daß die Statistik der Einkommen in Preußen einen steigenden Wohlstand beweise, weil „nur noch“ 12 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen unter 900 M. jährlich habe. Gewiß ist ja von der sozialdemokratischen Presse mit Recht hervorgerufen worden, daß auch diese nackte Zahl schon einen haarsträubenden Zustand enthalte. Dennoch ist ein Gebanfang, wie der folgende (den wir z. B. in einer statistischen Studie von Dr. Mendelson, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Halle, finden), völlig geeignet, Eindruck zu machen.

Dr. Mendelson führt dem Sinne nach aus:

Im Jahre 1895	gehören in Preußen zu der Einkommensklasse unter 900 M.	21 200 000 Personen	= 68,7 % der Bevölkerung,
1910	nur noch 20 500 000 „	= 65,3 „ „	
1911	16 400 000 „	= 51,2 „ „	

Das charakteristische Ergebnis der Tabelle ist, daß die Bevölkerung, deren Jahresvermögen 900 M. nicht übersteigt, fortwährend absolut wie relativ abgenommen hat. Die Einkommensgruppen mit über 900 M. Jahresvermögen haben dagegen sämtlich völlig absolut wie relativ zugenommen. . . . Diese Ziffern . . . büchten den vollständigsten Beweis dafür zu erbringen, daß unser Zeitalter . . . ein Zeitalter der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des gesamten Volkes ist.“

Dieser Trugschluß aus so beruhigendem Kunde ist, wie gesagt, gefährlich. Ein Trugschluß ist es, weil ja hier die Steigerung der Preise gänzlich außer Acht gelassen ist. Im Jahre 1895 bedeuteten 900 M. viel mehr als im Jahre 1911, weil man weit mehr dafür kaufen konnte. Schließlich kommt es doch nicht auf die Geldtitel an, die jemand als Lohn bekommt, sondern auf das, was er dafür kaufen kann. Und das ist eben im Lauf der Jahre sehr viel weniger geworden. Es genüge an die Preissteigerungen Calveos zu erinnern, die bisher, so viel wir wissen, nirgends aus dem beschränkten wachsenden sind, und die man nach alter Gewohnheit gerade bei den unglücklichen Parteien ein großes Ansehen genies. Calvee hat die Lebensmittelpreise aus 190 deutschen Orten gesammelt und hat danach berechnet, daß das, was eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern notwendigweise an Essen und Trinken braucht, im Januar 1911 pro Woche 35,50 M. kostete. Dann sind die Preise anbauener gestiegen, und die gleiche Wochenration kostete im Durchschnitt des Jahres 1912 nicht weniger als 25,80 M! Da es sich oben um das Jahr 1911 handelt, so wollen wir, um glatte Rechnung zu haben, einen Preis von 24 M. pro Woche annehmen. Dann würde in jenem Jahre eine so kleine Familie nur allein für Nahrung 248 M. haben ausgeben müssen, um sich richtig satt zu essen. Innerhalb jenen Umständen ist es doch einfach lächerlich, noch immer mit dem „Einkommensminimum“ von 900 M. zu operieren, um zu beweisen, um eine Familie aus nur notwendig zu ernähren. 1911 haben sie sicher nicht erreicht, und es ist gewiß sehr bedauerlich, wenn wir für das Jahr 1911 das mittlere Existenzminimum auf 1500 M. ansetzen. Dabei sind die Ausgaben für Nahrung schon weit geringer als mit 1248 M. angenommen. Sowie wir aber diese Zahl einsehen, sowie wir ein Einkommen von 1500 M. für die Jahre 1911 auf die gleiche Stufe

stellen mit dem Einkommen von 900 M. im Jahre 1895 bekommen wir ein ganz anderes Bild als Dr. Mendelson.

Es bringe die gesamte Bevölkerung Preußens im Jahre 1911 rund 39 800 000 Seelen. Davon gehörten zur Einkommensstufe von

nicht über 900 Mark	16 400 000 Pers.	auf 31 200 000 = 41,2 %
900—1 500 „	14 800 000 „	= 37,1 „
1 500—3 000 „	6 200 000 „	= 15,6 „
3 000—6 500 „	1 800 000 „	= 4,5 „
6 500—9 500 „	280 000 „	= 0,71 „
9 500—30 000 „	280 000 „	= 0,71 „
30 000—100 000 „	59 000 „	= 0,15 „
über 100 000 „	12 500 „	= 0,03 „

Man nun vergleihe man mitte die Zahlen. Es würde sich unabweisbar lohnen, sie auch für das Jahr 1905 herauszufinden, noch ebenfalls das Existenzminimum schon weit höher als auf 900 M. angesetzt werden muß. Inzwischen wollen wir, um das Bild nicht zu komplizieren, es bei den Zahlen von 1895 und 1911 belassen lassen. Dann zeigt sich, daß allerdings die Zahl derer, die ein Einkommen unter 900 M. hatten, in den 16 Jahren gesunken ist; nämlich von 21 200 000 auf 16 400 000. Aber die Zahl derer, die das Existenzminimum nicht hatten, ist ganz gewaltig gestiegen, nämlich von 21 200 000 auf 31 200 000, genau um 10 Millionen Seelen! Und ebenso gewaltig hat sich die Prozentzahl zugenommen. Er betrug im Jahre 1895 68,7 Prozent der Bevölkerung, im Jahre 1911 nicht weniger als 78,3 Prozent!

Nach dieser wird übrigens das Bild, wenn wir statt der gesamten Bevölkerung nur die Zahl der Erwerbenden betrachten, die zur Steuer veranlagt oder — weil unter 900 M. — freigelassen wurden. Dann sieht die Tabelle wie folgt aus:

nicht über 900 M.	8 200 000 = 55,6 %	auf 12 350 000 = 83,2 %
900—1 500 „	4 100 000 = 27,6 „	
1 500—3 000 „	1 700 000 = 11,5 „	
3 000—6 500 „	510 000 = 3,6 „	
6 500—9 500 „	89 400 = 0,64 „	
9 500—30 000 „	94 200 = 0,64 „	
30 000—100 000 „	59 000 = 0,4 „	
über 100 000 „	4 100 = 0,02 „	

Sie sind also sogar über 83 Prozent, die unter dem Existenzminimum haben, obwohl wir dieses mit 1500 M. wächtig beschreiben genug bemessen haben. Und weit über die Hälfte, nämlich 55,6 Prozent, haben unter 900 M. Diese letztere Rechnung ist aber zweifellos richtig. Denn wenn z. B. ein Junggeselle unter 900 M. hat und neben ihm ein Familienvater mit drei Angehörigen über 900 M., ist es doch ganz sinnlos zu sagen: 80 Prozent der „Bevölkerung“ haben über, und nur 20 Prozent haben unter 900 M. Richtig ist vielmehr, nur die Erwerbenden zu rechnen, wobei dann 50 und 50 Prozent herausfallen.

Es gilt, dieses wahre Bild nicht zur Woll durch Schönfärberei verkleinern zu lassen.

Deutsches Reich.

Durch Deirat erhält das Unterannover neue sogenannte Regenten. Wie die Berliner Volkszeitung erzählt, hat es als nächster Regent, der der junge Regent von Braunschweig, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, sobald die braunschweigische Thronfolgefrage durch Deirat geregelt ist, und die Regentenschaft in Braunschweig ihr Ende erreicht hat, Statthalter von Elsaß-Lothringen wird.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausnahmezustand in Ungarn erweist sich als eine in der Hauptlage gegen die „verächter“ Arbeiterbewegung gerichtete Maßregel. Man hat sämtliche Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen aufgelöst oder in ihrer Tätigkeit für ihre Führung „beschränkt“, ihre Häuser und Gelder konfisziert, das Arbeiterheim in Sarajewo in eine Kaserne verwanandelt und sogar die Redaktion des Parteiblattes brutal auf die Straße geworfen. Ueber die Funktionen der aufgelösten Arbeitervereine ist die Volkspresse verhängt — und das alles ohne Angabe von Gründen. Wahrscheinlich ein herrlicher Sieg der glorievollen K. u. K. Armee!

Strafrechtlicher Wahlrechts„Sinn“ in Ungarn.

Die ungarischen Parlament eine sehr bedauerliche Bestimmung vorgelagt. Der pomposse Titel lautet: Gesetzentwurf über den strafrechtlichen Sinn des Wahlrechts. Das klingt ganz annehmbar, wird aber verächtlich, wenn man bedenkt, daß der Entwurf von der Regierung vorgelegt wird, die ihre Majorität der unerschrockenen Preßion, der Anwendung von Millionen und der Anwendung einer Reihe von unerhörten Gewalttaten verbannt. Diese Regierung hat Hunderttausende oppositioneller Wähler bei den letzten Wahlen ihres Wahlrechts mit Gewalt beraubt, bei den bisher die oppositionellen Wähler durch Bedröhung und Soldaten von Wohlthat mit Gewalt ferngehalten. Die Leute werden jetzt plötzlich von Sühne des Wahlrechts! Das ist verächtlich.

Der erste Teil des Gesetzesentwurfs enthält die Strafbestimmungen für die Fälschung der Wählerliste. Interessant ist der folgende Teil, der den Titel führt: Verhinderung und ungesetzliche Vereinfachung der freien Ausübung des Wahlrechts.

8 § 4 lautet: Derjenige, der einen Wähler durch Gewalt oder Drohung an der freien Ausübung seines Wahlrechts hindert, ist mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis 500 Kronen zu bestrafen.

Auf den ersten Anlauf soll sich die Bestimmung gegen die Unternehmungen richten, denn nur diese können „durch Drohung“ die Wähler an der freien Ausübung ihres Wahlrechts hindern. Aber die folgenden Paragraphen zeigen, was gemeint ist: § 7: Derjenige, der, um einen Wähler für einen bestimmten Kandidaten zu beeinflussen oder zur Stimmhaltung zu bewegen, den Wähler oder dessen Angehörige beleihtigt oder in seinem Vermögen oder der Ehre benachteiligt, mit Benachteiligung oder mit der Verächtlichmachung einer ehrverleugenden Erklärung bedroht, ist mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 500 Kronen zu bestrafen.

Nach dessen, daß die Straftaten der Unzufriedenheit das Gesetz auslegen haben und man wird beschließen, daß sich das Gesetz in der Hauptlage gegen die Opposition und gegen die Wahlrecht richten soll. Das geht ungenügend auch aus folgenden Bestimmungen hervor: Jegliche jemand, die oben erwähnten Handlungen im Auftrag oder im Namen einer Gruppe oder eines Vereins oder mit Verurteilung auf deren Beschluß, so ist er mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 1000 Kronen zu bestrafen.

Jegliche die Handlung eine Gruppe, so ist jedes Mitglied der Gruppe mit Recker bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 2000 Kronen zu bestrafen. Die Anführer und Führer aber

werden mit Herber bis zu 2 Jahren und 4000 Kronen Geldstrafe bestraft.
Man braucht jetzt nur gefängliche Richter, und alle Agitatoren der Partei, welche natürlich in Namen einer Gruppe stehen, auf zwei Jahre ins Gefängnis geschickt werden. Das Gesetz macht jede oppositionelle und besonders jede sozialdemokratische Agitation unmöglich.
Eine freie Ausübung des Wahlrechts soll der Entwurf sichern, er wird die sozialdemokratische Wahlagitation schwer gefährden. Und das ist wohl auch der Zweck der Uebung.

Marokko.

Neue Unruhen werden aus verschiedenen Teilen des Landes berichtet. So sind wiederholt Karawanen überfallen worden, die die Straße nach Ceuta benutzten. Unter den Bergbewohnern wird, wie festgestellt wurde, eifrig eine gewisse Agitation betrieben. Eine große Anzahl angeblicher Kiffenöhner versammelten sich in Gschaman und wählten einen Anführer zum Zweck der Agitation. Die Bergbewohner von Seltos-Abdellalam bereiten eine Demonstration vor.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

Für die Redaktion der Dresdener Volkszeitung, und zwar zur Leitung des Heftenlots, ist der Parteigenosse Otto König in Wien gewonnen worden. Genosse König tritt an die Stelle Franz Dieberichs, der vor einigen Wochen nach Berlin übersiedelt und die Heftenredaktion des Vorwärts übernimmt.

Der Volksfreund in Braunschweig kann trotz aller Verfolgungen durch die Behörden und durch die bürgerlichen Reaktionskräfte wieder auf ein günstiges Geschäftsjahr zurückblicken. Unter Braununschweiger Parteiführung hat jetzt 15785 zahlende Abonnenten. Die Geschäftsleitung hat ein Grundkapital für 81 000 M. erworben, auf dem jetzt ein eigenes Heim für den Volksfreund errichtet wird, das 400 000 M. kosten soll. Die erforderlichen Gelder werden zum Teil eigenen Mitteln entnommen, teils werden sie von den Arbeiterorganisationen gestiftet oder durch Anteilnahme aufgebracht. Auch die Druckerei und die Buchhandlung des Volksfreund schlossen günstig ab.

War zuzeit des Sozialistengesetzes die Polizei brutal?

In einem Artikel unseres Breslauer Parteiblattes, der Volksmacht, zur 50jährigen Weibervers des Ledestages von Max Kaufler, wurde festgestellt, wie unser todkrankes Genosse unter dem Sozialistengesetz von Ort zu Ort geht und schließlich in Dresden interniert wurde, bis man dem Sterbenden endlich erlaubte, zu seiner Mutter in Breslau zu gehen. Bei seinem Begräbnis — so wird in dem Artikel ausgeführt — habe die Polizei dann jedes Nerven am Grabe brutal verhöhnt. Wegen dieses Ausdrucks ist gegen Genossen Kaufler als verantwortlichen Redakteur Anklage erhoben worden. Die Polizeiverwaltung von Breslau hat zwar seit 1888 mehrfach ihr Veronal genehmigt und der Polizeipräsident von damals ist längst verstorben, in Breslau findet aber auch die Hilfe von Verwaltungsbeamten noch den nachdrücklichsten Schutz des Sozialismus. Ueber das Treiben der Polizei während des Sozialistengesetzes hat die Geschichte allerdings längst ihr Urteil gefällt, und an diesem Urteil kann auch kein Breslauer Widerspruch mehr etwas ändern.

Gewerkschaftliches.

Die Einigung im Baugewerbe

dürfte jetzt vielleicht doch als Tatsache zu betrachten sein, nachdem auch die neuesten Schwierigkeiten einigermaßen behoben sind.

Die Delegation des Bauarbeiterverbandes und des christlichen Verbandes zu den Unternehmern hat Leipzig hatte doch den Erfolg, daß der Arbeitgeberbund seinen Beschluß, die Lohn-erhöhung erst nach Unterzeichnung des Hauptvertrages zu zahlen, einer wesentlichen Korrektur unterzog. Nach einer längeren Aussprache kam die Delegation mit den Unternehmernvertretern zu folgendem Ergebnis: Man ist sich darin einig, daß durch die Zustimmung der Generalversammlung der Bauarbeiter des Hauptvertrages hergestellt ist, ferner, daß die Lohn-erhöhung nach den Vorschlägen der Inparteiischen sofort geschieht wird. Dagegen gingen die Ansichten darüber auseinander, ob die Bedingungen der Inparteiischen vom 6. Mai mit den übrigen Vorschlägen ein einheitliches Ganze bilden. Die Arbeitervertreter nahmen den Standpunkt ein, daß diese Bedingungen unternommen zu den Vorschlägen gehören, sie lehnten daher die Zustimmung der Unternehmer entschieden ab, diese Bedingungen als nicht vorhanden anzusehen. Die Unternehmer waren gegenteiliger Ansicht. Sie erkennen die Richtigstellungen nicht an und verlangen, daß darüber noch einmal unter Beisein der Inparteiischen und der Vertreter der Infrage kommenden Bezirke verhandelt werde. Die Arbeitervertreter erklärten dazu, daß sie zwar eine Einladung zu solcher Zusammenkunft nicht ablehnen, daß sie im übrigen aber ihren Standpunkt nicht aufgeben würden.

Zum Schluß verpflichteten sich die Unternehmer noch einmal, die erhöhten Löhne soweit als möglich noch am 10. Mai zu zahlen, wo dies bei der Kürze der Zeit nicht anginge, sollten sie nächste Woche rückwirkend bis zum 2. Mai ausbezahlt werden. Der Verhandlungsbericht der Bauarbeiter nahm am Sonnabend früh diesen Bericht debattenlos zur Kenntnis.

Zur Auslieferung im Walzergewerbe.

Es gehen eigenartige Wandlungen im Lager des Unternehmervereins vor. In verschiedenen Städten ist die Aufsicht über die Arbeiter in der Weise, wie die Arbeitermeister es endlich hat haben, die irrtümliche Maßnahme weiter mitzumachen. Auch sehen sie ein, daß es einen Tarifabschluß unter den Schiedsrichtern niemals geben wird und daß darum alle jegigen Opter vollständig nutzlos gebracht werden.

ben. Die Aufhebung der Auslieferung wird von den Unternehmern mit der Worlegung von Arbeiterbenämten, durch die die Arbeiter auf die Organisationsfähigkeit verzichten sollen. Vieles ist den Arbeitern aber wirklich gesagt worden, daß sie ja trotzdem die Beiträge für den Verband ruhig weiter zahlen können.

Hinsichtlich ist u. a. in Gotha ein fortparlamentarischer Arbeitsvertrag mit über den Schiedsrichter hinausgehenden Rohlaufzügen abgeschlossen worden und zwar unter der Leitung des Unternehmervereins. In Gotha hatte die Auslieferung sehr fruchtbar eingeleitet.

Ein Verzicht der Inparteiischen, neue Verhandlungen durch Einsetzung eines Schiedsgerichts in Gang zu bringen, in dem außer ihnen noch je zwei Vertrauensleute der Parteien mitwirken sollten, ist ge scheitert, weil sie verlangten, daß die Schiedsrichter für die Parteien von vornherein bindend sein sollten. Diese Bedingung ist sowohl von den Unternehmern als auch von der Arbeiterorganisation abgelehnt worden. Inzwischen wird in nächster Woche der Verzicht einer neuen Verhandlung auf anderer Grundlage unterzeichnet werden. Ob diese Verhandlungen von Erfolg sein werden, hängt wesentlich von der Stellung der Unternehmer ab. Diese müßten sich erst wieder auf den Boden der Schiedsrichter unter Beachtung der während der Auslieferung eingetretenen Veränderungen stellen.

Neue gewerkschaftliche Bewegungen.

Drohende Schwierigkeiten in der Rührerei der Rinseldruckerei. Für diese Branche, in der circa 1700 beschäftigte Arbeiter, darunter etwa Drittel weibliche Arbeitskräfte, in Betracht kommen, hat der Solgarbeiterverband bei den Unternehmern Forderungen auf Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen eingeleitet. Die Verhandlungen haben sich schon über eine Woche hinausgezogen, ohne daß die Unternehmer zu irgend welchen Zugeständnissen zu bewegen waren. Die Arbeiter sind infolge dessen nimmer zur Rindigung gedrückt und bereits nach Pfingsten dürfte die Arbeit auf der ganzen Linie ruhen.

Der Kampf in der Südbrauerei in Kilm in Westpreußen ist beendet, nachdem ein Einigung zwischen Streikenden und Brauereileitung zustande kam.

Volkswirtschaftliches.

Die Macht der Willkürhäre.

Ueber die Stellung des verbotenen Morgan, des Keifers unter den Geldmonarchen, schreibt die New Yorker Weltzeitung: „Die Unterdrückung des Sozialismus hat genügend festgestellt, daß noch niemals in der Hand eines Mannes vereinigt war. Seine Macht allein konzentrierte ein Kapital von mehr als 10 000 Millionen Dollar. Zusammen mit seinen verbündeten Finanzfreunden, die 180 Mann, sich in die Direktorate aller von ihnen beherrschten Finanz- und Industrieunternehmen teilten, beherrschte Morgan 110 große Industrie- und Verkehrskorporationen. Darunter befinden sich 41 Banken, 11 Versicherungs-gesellschaften — unter ihnen die größten der Welt — 31 Eisenbahngesellschaften und 28 industrielle Unternehmen, darunter der Stahltrust, Judentrust, Tabaktrust, der Wollltrust. Das Gesamtkapital dieser Korporationen, das von den 180 Direktoren beherrscht wird, die wiederum der leitenden Hand Morgans folgten, beträgt 25 225 Millionen Dollar (106,3 Milliarden Mark). Der Nationalreichtum der Vereinigten Staaten wird auf rund 25 Milliarden Dollar berechnet. Mehr als ein Fünftel des gesamten Reichtums unseres Landes wird also geleitet und beherrscht von 180 Personen, die wieder von J. P. Morgan geleitet und beherrscht wurden. Was ist der Wechsel in der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten gegen den Wechsel in der Leitung des Geldtrusts? Die Welt sieht man, wer die Herrschaft der Welt in Händen hat!“

Dabei steht neben dem Morgantrust der Modelltrust, der die Petroleumproduktion und vieles andere beherrscht und nicht allzu sehr hinter jenem zurückbleibt wird. Daneben die übrigen Kapitalmagnaten, die Erben der Vanderbilt, Astor, Harriman, Madan, Gould, Steward usw. So ist sicher die Herrschaft über weit mehr als die Hälfte des Reichtums des ersten kapitalistischen Landes der Welt in den Händen weniger hundert Familien konzentriert, die ihre Macht noch weit über Süds und Mittelamerika und bis in die entferntesten Winkel ausdehnen. Der alte Feudalismus ist ein Schichtenbau neben diesem Mierbaum, der selbst die großen Despoten des ganzen Altertums weit in den Schatten stellt.

Wie diese Uebermacht der Mammonarden und der Gebroch, den sie davon machen, selbst in den streifen maßgebender bürgerlicher Politiker empfunden und als unerträglich erkannt wird, davon gibt eine Rede des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten Marshall, die dieser Tage gehalten wurde, Kunde. Wie dem Berliner Tageblatt berichtet wird, erklärte Marshall, die Handlungsvweise dieser Männer habe eine Vera großer Unruhen zur Folge gehabt. Nützliche ihre Verbalten gegen Staat und Gesellschaft nicht ändern, könne eine Lenkung des Erbrechts, das nur ein von Staats genehmertes Privileg sei, erfolgen, die die Miervermögen des Staats zuwenden würde. Viele Miervermögen seien nach der Ansicht des Volkes durch Vererbung, vor allem prästibition Schwabbe — Kapitalverwässerung und Vordermannung, Korruption der Parlamente usw. erworben worden. — Man braucht die praktische Tragweite dieser Worte, die sogar auf die Gefahr eines Vorgehens der Gesetzgeber gegen die Verfügen hinweisen, nicht zu überschätzen. Immerhin zeigen sie, wie tief die sozialistische Kritik und ein Teil der sozialistischen Forderungen bereits in den Kreisen herabragender und zweifellos sehr „ordnungsfeindlicher“ Politiker Boden gefunden haben.

Nebenbei: Wie hebt sich doch Mut und Loyalität dieses demokratischen Staatsmannes von der Unterwürfigkeit ab, mit der unsere Minister dem heimischen Mierkapitalismus, der in Verhörung und Verhörung mit dem amerikanischen viel Nechlichkeit hat, zu begegnen pflegen!

Quittung.

Zur Landtagswahl von Kapellendorf d. C. 5 M. erhalten. Das Parteisekretariat.

Aus den Gerichtssälen.

Reisegericht der 8. Division.

Der Unteroffizier vom Dienst im Besatzungslokal. Die Militärakademie von Mansdorf bei Bitt, über die wir wiederholt berichtet, hatte für den Sergeanten Paul Hähnlich von der achten Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 72 in Torgau noch ein geringliches Ansehen. Er war wegen Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstenfalls mit dem Verlöbe eines erheblichen Haftstrafe angefaßt. Als das Regiment am Sonntag, den 17. September 1911, gelegentlich des Wandervers in Mansdorf weilte, wurde dem Mannschaften bekannt gegeben, daß das Befinden des Soldates zur Weintraube, wo sozialdemokratische Versammlungen stattfanden verboten sei. Am Abend gegen 9 Uhr will man der Sergeant ein anstehend sehr pflichtfertiger Mensch, sehr neuartig gemeten sein, ob Mannschaften in dem verbotenen Lokal weilten. Er ging in die Weintraube und kam mit dem Bier ins Gespräch, der ihm sofort ein Glas Bier einreichte. Er trank das Bier aus, bezahlte es aber vermutlich im Drange des Pflichterfüllens nicht. Durch sein längeres Verweilen in dem vom Militär besetzten Lokal soll nun der Sergeant den Mannschaften ein böses Beispiel gegeben und „Gemeine“ veranlaßt haben, auch in das verbotene Lokal zu gehen. In der Tat befand sich in der Weintraube auch ein Meierwitz, er sei nur deshalb in das Lokal gegangen, weil der Sergeant auch dort war und Bier trank. Das Befinden ist es dann durch das mehr als notwendige Auftreten des Sergeanten, der auf einmal alle militärischen Vorschriften stellen wollte, zu einem Konflikt zwischen Zivil und Militär, die denn, wenn das „Brotlof“ nicht die nötige Ruhe bewahrt hätte, blutige Zusammenstöße befechtigt wurden. Bei dem Umarmen soll ein Unteroffizier mit einem Beine geworden worden sein. Es sollen etwa 20 Soldaten in dem verbotenen Lokal gewesen sein, von denen 10 bis 12 wegen Ungehorsams mit Arrest bestraft wurden.

Bei den Verhandlungen wurde das Treiben des Sergeanten gerichtlich scharf kritisiert und öffentlich wurde auch disziplinarisch wegen des Vertriebens in dem verbotenen Lokal mit drei Tagen Mittelarrest bestraft.

Der Angeklagte mußte die schon früher festgestellten Beschuldigungen anerkennen. Er meinte aber, nicht anerkennen zu können, daß er durch sein Verweilen in dem Lokal Mannschaften angeleitet habe. Ihn habe nur die Pflicht in das Lokal geleitet. Er wollte nur trinken, ob Leute in dem sozialdemokratischen Lokal waren. Sein Verteidiger bemerkte sogar, daß der Angeklagte eigentlich ein rechtliches Pflichtgefühl an dem Tag geltend habe. Er wollte nur alle Fälle herausbekommen, ob Soldaten in dem verbotenen Lokal weilten und da meinte er, die Pflicht an, daß er von dem Bier aus das Glas Bier annahm. Gemäß habe er bei dem Trunk verbotswidrig gehandelt. Er sei deshalb aber bereits bestraft worden. Der Ankläger schloß sich dieser Ansicht nicht an und beantragte gegen Hähnlich wegen 7 Tage Mittelarrest. Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung, es nicht annehmend, daß der Angeklagte durch sein Verweilen im Lokal Mannschaften angeleitet habe. Der Angeklagte sei im dienstlichen Auftrag in das Lokal gegangen, habe sich dort gemäß nicht richtig benommen, aber vorüberlichen Ungehorsam habe er nicht begangen.

Wegen Fahnenraub. Kreisangehöriger von Dienst-Geheimnissen, Diebstahl und Verletzung eines fischen Namens war der Militärarzt Otto Bagele von dem Infanterie-Regiment Nr. 153 in Wittenburg angefaßt. Er, der im Oktober 1911 in den Dienst getreten ist, erhielt am 21. Juni v. J. Urlaub nach seiner Heimat bei Glauchau. Er überdurfte den Urlaub, führte nach der Truppe nicht zurück, entließ sich einer Uniformstücke und verpackte sich durch Diebstahl Stoffwaren. Eine Zeitung arbeitete er in Frankfurt a. M. ab und schickte unter falschem Namen, dann ging er nach Flauen, wo er im April v. J. bei einem Diebstahl, Entwendung einer Uhr und Abtragungsmitteln in dem Hause eines Gutsbesitzers bei dem er früher gearbeitet hatte, festgenommen wurde. Seine Dienthalten wurden bald nach seinem Verschwinden in einer Sanbtaube und in einer leeren Scheune vorgefunden. Als man ihn letzten Traupentel nach neuntägiger Abwesenheit wieder abholte, sagte er, er sei abfichtlich von dem Regiment weggegangen da er keine Lust gehabt habe, sich der militärischen Zucht und Ordnung zu unterwerfen. Dießem Grund zur Fahnenraub dieß der Angeklagte, der seiner besonders intelligenten aber gleichzeitigen Ehrlichkeit machte, auch vor Gericht auftritt. Das Urteil wurde eine Verurteilung von 13 Monaten Gefängnis, 16 Tagen Haft und Verurteilung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Das Urteil lautet auf 10 Monate Gefängnis, 10 Tage Haft und 2. Klasse. Der Angeklagte erklärte sich mit der Strafe einverstanden.

Was durch der Strafe hatte der Jäger Franz Lembert von der fünften Kompanie des Jägerbataillons Nr. 1 in Wamburg Patronen zurückgehalten. Gelegentlich einer Schießübung in Besenau hatte er bei der Patronenzuteilung mehrere Patronen in seine Hosentasche gesteckt und dann hinterher bemerkt, diese abzuliefern. Als er sich eines Tages eines davon an seine Uhrkette gebunden hatte, entdeckte man die Geheißche. Er gab an, sich nicht gerant zu haben, die verzeigten Patronen abzugeben. Mit Rücksicht darauf, daß ein solch fahrlässiges Umgehen mit Patronen sehr bedenkliche Folgen haben könne, wurde er zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Heftenlot und Vermittler Karl Bod, Lokales Wilhelm Koenen, Politisches Gottl. Kasparck. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich W. Jähning. Schmitt in Halle. — Druck des Halleischen Gewerkschafts-Buchdruckerei (G. B. u. S.).

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

verleiht ein rosiges, jugendfrischer Anlitz und ein reinen, zarter, schönes Teint. Dies erzeugt die allein echte

Frauen-Steckenferd-Seife

Schönheit

die beste Lilienmilchseife v. Bergmann & Co., Radebeul. Stück 50 Pf. überall zu haben. Ferner nach der Lilienmilch-Cream „Dada“ rote und weiße Haut in einer Nachtweiß und spärliche Tube 50 Pf.

*517

Surinck Seife

ermöglicht die Herstellung einer sehr billigen, reinen Schmierseife mit ausserordentlicher Reinigungskraft ohne die sonst diesen Seifen anhaftende ätzende Schärfe. Ein halbes Doppelsstück feingeschabst löst man in 1-1/2 Liter heissem Wasser unter fleissem Rühren. Ein viertel Liter genügt zu einem Eimer Wasser!



Walhalla-Theater

Blatzhelms Triumph-Erfolge!
Ausverkaufte Häuser!

Das heutige Programm nur noch 2 Tage!
Freitag neue Varieté-Sterne!
Freitag neue Blatzheim-Schlager!
Tageskasse 10-12, und 4-6 Uhr. 1065

Wittenberg.

Mittwoch den 14. Mai 1913, abds. 8 Uhr, im Saale des Herrn W. Freudenberg, Kurfürstenstr.:
Öffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung:
Die preussische Landtags-Wahl.
Referent: August Weidner, Rabenburger. 538
Um abzutreten Besuch bittet Das Wahlkomitee.

Sozialdemokr. Verein, Holzweissig

Mittwoch, den 14. Mai 1913, abends 8 Uhr
in Sonntags Lokal:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufstellung der Wahlmänner zur Landtagswahl, 2. Bericht über das Vereinsleben.
Um abzutreten Erreichen erucht Die Ortsverwaltung. 548

Schnell und Wasser-reich
tiefglänzend dicht



Nicht abfärbend Sparsam im Gebrauch

Alleinige Fabrikanten:
Boston Blacking Company
G. m. b. H.
Oberursel bei Frankfurt am Main

Hamsterfelle

kaufen Gebr. Danglowitz, 787
Fischerplan 2.

Böttcher-Waren

dauerhaft, billig
P. Horlebeck, Kleine Miltzstr. 12 und Adorfstr. 5, 36
Habtmarken.

Wohnungs-Anzeigen

Stube, K. u. K. zu vermieten
Klauserstr. 6. 1058

Arbeitsmarkt

Offene Stellen

aller Berufs art
hört stets die Zeitung
Deutsche Bekanntheit
Chinesen 156. 1010

Hausbürste

für Möbel
Geschäft gesucht.
1061
Geiststr. 21, 1 Tr.

Arbeiterin

kräftig
aus der Holzindustrie
lohn gesucht.
1063
A. Samuel, Alter Markt 7.

Schlosser

tüchtige
zur dauernden Beschäftigung
lohn gesucht.
1064
Robert Kressler Nachf.,
Maschinenfabrik, Zorbis.

Berläßlicher Mann

zur Lebensreise ein
Europe-Verfasser
in leb. Bezirk i. Bauern
geucht. Beruf u. Wohnort gleich,
ohne Kapitalbedarf, kein Risiko,
a. a. Hebernerd, gegen. Einkomm.
monatl. b. 350 M. Für freies Zeite
werb. angeht. Offert. unt. K. H.
6203 an Rudolf Hoffe, Köln.

Mädchen erhalten Stelle für
Stadt und Land durch
1060 Emilie Hagedorn,
generalsch. Stellenvermittlerin,
Salle (Saale), Leipzigerstr. 13, H. 1.

Kausarbeiterinnen

gesucht von
Heilbrun & Pinner, 800
Geiststr. 6, 11.

Urtern. Urtern.

Donnerstag den 15. Mai abends 7/7 Uhr (gleich nach Arbeitschluss) im Goethehaus:
Gr. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die preussische Landtagswahl u. d. Jahrhundertfeier des Jahres 1813.
Referent: Arbeiter-Sekretär Mücks-Galle.
Freie Ansprache für jedermann.
Alle über 18 Jahre alten Personen, auch die Frauen, sind hierzu freundlichst eingeladen.

Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Halle (Saale).
Mittwoch den 14. Mai abends 6 1/2 Uhr (gleich nach der Arbeit) im „Volkspark“, großer Saal:
Gemein-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Berichterstattung vom Verbandstage.
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung muß ein jeder Kollege aus Stadt- oder Landgebiet es sich zur Pflicht machen, die Versammlung zu besuchen.
Der Vorstand.
NB. Der Einlaß wird nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gefattet.

Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter

von Ammendorf, Beesen, Madewell, Osendorf, Döllnitz, Lochau und Umgegend.
Donnerstag den 15. Mai, abends 6 Uhr (gleich nach der Arbeit), im „Burgschloßchen“ in Burg i. d. Aue:
Gemein-Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Berichterstattung vom Verbandstage!
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß ein jeder Kollege aus obengenannten Orten es sich zur Pflicht machen, die Versammlung zu besuchen.
Die Ortsverwaltungen des Bauarbeiter- u. Zimmerer-Verbandes.
NB. Der Einlaß wird nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gefattet.

Richard Flemming,

Salle a. S., Schmerstraße 22,
Zweiggeschäft, Reifstraße 129
(Ecke Nonnstraße).
- Optische Anstalt.
Große Auswahl, billigste Preise!

Rimbeer-Sirup

mit feinstem Malvablend eingekocht
per 1/2 Pf. 60 Pf., empfiehlt 900
Carl Booch, Vertreter 1.2.
Turm, Leipzigerstraße 61/62.

Wasch-Gefäße,

dauerhaft und billig, Lagerbestand
über 600 Stück.
- Transport frei Haus. -
Badezimmer von 3 Mk. an,
Waldmann von 5 Mk. an,
Schüssel m. Becken b. 4 Mk. an,
Schüssel, Becken 60, 75, 90 Pf.,
Böttcherer Schälenshof 1.
18
bucht am Markt.
Geogründet 1885.

Wanzen-Sincur

Radikalmittel gegen
Wanzen
u. deren Brut
Stärke 50 Pf. u. 1 Pf.
allein echt bei
Max Rädler,
Weg Rauscherstrasse 3,
Ecke Bernstrasse.

H. Böhlert's

Roßschlächterei,
Glauchauerstrasse 75
(nicht an der Glauchaustr. Kirche)
38
empfiehlt
Fleisch, Rouladen, Gebäcktes,
Leude, gekochten Schinken
sowie alle Arten
Wurstwaren
in bekannter Güte. D. O.
55
Wahltransporte jeder Art
u. Wahltransporte jeder Art

Wasch-Gefäße,

dauerhaft und billig, Lagerbestand
über 600 Stück.
- Transport frei Haus. -
Badezimmer von 3 Mk. an,
Waldmann von 5 Mk. an,
Schüssel m. Becken b. 4 Mk. an,
Schüssel, Becken 60, 75, 90 Pf.,
Böttcherer Schälenshof 1.
18
bucht am Markt.
Geogründet 1885.

Wanzen-Sincur

Radikalmittel gegen
Wanzen
u. deren Brut
Stärke 50 Pf. u. 1 Pf.
allein echt bei
Max Rädler,
Weg Rauscherstrasse 3,
Ecke Bernstrasse.

H. Böhlert's

Roßschlächterei,
Glauchauerstrasse 75
(nicht an der Glauchaustr. Kirche)
38
empfiehlt
Fleisch, Rouladen, Gebäcktes,
Leude, gekochten Schinken
sowie alle Arten
Wurstwaren
in bekannter Güte. D. O.
55
Wahltransporte jeder Art
u. Wahltransporte jeder Art

Wasch-Gefäße,

dauerhaft und billig, Lagerbestand
über 600 Stück.
- Transport frei Haus. -
Badezimmer von 3 Mk. an,
Waldmann von 5 Mk. an,
Schüssel m. Becken b. 4 Mk. an,
Schüssel, Becken 60, 75, 90 Pf.,
Böttcherer Schälenshof 1.
18
bucht am Markt.
Geogründet 1885.

Wanzen-Sincur

Radikalmittel gegen
Wanzen
u. deren Brut
Stärke 50 Pf. u. 1 Pf.
allein echt bei
Max Rädler,
Weg Rauscherstrasse 3,
Ecke Bernstrasse.

H. Böhlert's

Roßschlächterei,
Glauchauerstrasse 75
(nicht an der Glauchaustr. Kirche)
38
empfiehlt
Fleisch, Rouladen, Gebäcktes,
Leude, gekochten Schinken
sowie alle Arten
Wurstwaren
in bekannter Güte. D. O.
55
Wahltransporte jeder Art
u. Wahltransporte jeder Art

Wasch-Gefäße,

dauerhaft und billig, Lagerbestand
über 600 Stück.
- Transport frei Haus. -
Badezimmer von 3 Mk. an,
Waldmann von 5 Mk. an,
Schüssel m. Becken b. 4 Mk. an,
Schüssel, Becken 60, 75, 90 Pf.,
Böttcherer Schälenshof 1.
18
bucht am Markt.
Geogründet 1885.

Wanzen-Sincur

Radikalmittel gegen
Wanzen
u. deren Brut
Stärke 50 Pf. u. 1 Pf.
allein echt bei
Max Rädler,
Weg Rauscherstrasse 3,
Ecke Bernstrasse.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8.10 Uhr
Das Ehe-Quartett.
Schwank in 3 Akten von
Gosse u. Harms 1069
Raymonde u. Ellen Roland
u. Heideggertheater, Berlin a. O.
Lachsturm
auf Lachsturm!
Am Berlin-Heideggertheater
hundert v. Karli-Bräunen.

Stadt-Theater

1067 in Halle.
Direktion: Geh. Hofrat u. Musikdir.
Mittwoch den 14. Mai 1913
Abends 8,5 Uhr
231. Abdomen-Vorh. 3. Viertel.
Abends 8,5 Uhr
Hinterberg, Wanda Helena.
Sans Hof, Willy Braune.
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten
von Hermann Sudermann
Rosenoff's 7 1/2 Uhr, Anf. 8,5 Uhr,
Ende 10 1/2 Uhr.

Donnerstag den 15. Mai 1913
Anfang 8,5 Uhr.
232. Abdomen-Vorh. 4. Viertel.
Die Verurteilung der Epistel.
Abends 8,5 Uhr
Schauspiel in 3 Akten
von Hermann Sudermann
Rosenoff's 7 1/2 Uhr, Anf. 8,5 Uhr,
Ende 10 1/2 Uhr.

GENOVEVA.

Tragödie in 5 Akten und einem
Nachspiel von Fr. Hebbel.

Gemeinschaftl. Orts-Krankenkasse

der Stadt Merseburg.
Freitag, den 16. Mai 1913,
abends 8 1/2 Uhr,
im Restaurant Gute Quelle:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Rechnungs-Be-
hörden. 2. Beschlußfassung über
Abnahme der Jahres-Rechnung.
3. Jahresbericht. 4. Beratung u.
Beschlußfassung wegen der neuen
Satzungen. 533
Die Herren Vertreter werden
bittt ersucht eingeladen.
Es auf den 16. Mai er. an-
beraumte General-Versammlung
hiesig nicht statt.
Merseburg, d. 30. April 1913.
Der Vorstand,
Otto Diesel, Stellvertreter
Vorsteher.

Verreist

für ca. 4 Wochen.

Dr. Boye.

1065 empfiehlt
Karl Booch, Straße 1.

Künstler-Modellierbogen

Luftschiffe,
Flugmaschinen
verschiedener Systeme,
Bogen 20 Pts.
Volksbuchhandlung.

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen,
Frau Henriette Schönig, geb. Fildler,
lagen mir allen denkbaren Dank, welche ich das letzte Geleit
gaben. Dank für den reichen Blumenstrauß, welcher ihr
von allen Seiten zu teil wurde, sowie auch Herrn Walter
Knoblauch für die trostreichen Worte am Grabe, und Herrn
Kunig Wiebe für den erquickenden Gesang.
Besonderen Dank Herrn Dr. Knoblauch, welcher ihr wäh-
rend ihrer langen und schweren Krankheit stets hilfreich zur
Seite gestanden hat.
Gott sei bei Euch, den 13. Mai 1913.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
A. Schönig.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden und Begräbnis
meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Onkels und Schwagers
Herrn Thomas Broda
sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.
Besonderen Dank dem Gesangsverein „Hoffnung“ und seinem Dirigenten, sowie
Herrn Graube für die trostreichen Worte, und allen Vereinen, Freunden und Bekannten.
Auch den zahlreichen Spendern unseres herzlichsten Dank.
Holzweissig, den 8. Mai 1913.
551
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Balkanfrage.

Die Unterzeichnung des Bräutigamsfriedens,

die als nahe bevorstehend angesehen wurde, ist nunmehr wieder verschoben worden. Griechenland hat wissen lassen, daß es einige Änderungen im Texte wünsche, die es der Vorkonferenz durch eine gemeinsame Note der Verbündeten mitteilen will.

Sofia, 12. Mai. Die Antwortnote der Verbündeten ist heute vormittag überreicht worden. Darin werden für die Friedenskonferenz in London die folgenden Friedensbedingungen ernannt wie für die erste Friedenskonferenz.

Brüderliches von den Verbündeten.

Belgrad, 12. Mai. Es läßt sich nicht leugnen, daß die serbisch-bulgarischen Beziehungen sich immer mehr verschlechtern. Die gesamte Sofioter Presse flagt Serbien an und veröffentlicht verletzende Nachrichten über den Erbprinzen Alexander und den Maršall Putnik sowie über die serbische Armee und das ganze serbische Volk.

Belgrad, 13. Mai. Die Nachricht, daß Serbien in der Frage der Gebietsverteilung zwischen Serbien und Bulgarien den Standpunkt Bulgariens eingenommen habe und sich sogar einem Schiedsspruch unterwerfen werde, wird in serbischen Kreisen als unrichtig begründet.

Im Streit um die Leute.

Saloniki, 11. Mai. (Wiedung der Agenzia Stefani) Vor einigen Tagen hatten die Bulgaren Kavaja getötet, das darauf von griechischen Truppen besetzt wurde. Als die Bulgaren wiederum zurückkehrten, kam es zwischen ihnen und den griechischen Soldaten zu Streitereien.

Saloniki, 12. Mai. Meldung des neuterischen Bureaus. Im Laufe der Woche, die sich im Anschluß an die Wiederbesetzung von Kavaja durch die Bulgaren zwischen Bulgaren und Griechen entspannen und die am Sonnabend mit einem Kampfe bei Eleuthera ihr Ende erreichte, hatten die Griechen 14 Tote und 32 Verwundete, die Bulgaren rund 300 Tote und Verwundete.

Furchtbares Eisenbahnunglück.

Saloniki, 12. Mai. (Meldung des neuterischen Bureaus.) Gestern früh rief ein bulgarischer Militärszug von 30 Waggons, der sich auf einem Zweiglein in der Richtung auf Drama bewegte, auf einem sehr heißen Abhang die Koppelung, und 25 Waggons rollten in voller Geschwindigkeit auf Put sa, wo sie heftig auf einen Zug von 25 Waggons, die mit bulgarischen Soldaten besetzt waren, auftriffen. 150 Soldaten wurden getötet und 200 verletzt.

Gewerkschaftliches.

Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung.

Soeben wurde der amtliche Bericht über die britischen Gewerkschaften im Jahre 1911 veröffentlicht. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien geht, wie man aus dem Londoner Bericht, in den letzten Jahren so rapid vor sich, daß amtliche Statistiken schon bei ihrem Erscheinen veraltet sind. Es kommt noch hinzu, daß das Jahr 1911, auf das dieser Bericht sich bezieht, den großen Aufschwung der englischen Gewerkschaftsbewegung erst einleitete.

Am Ende des Jahres 1911 betrug die gesamte Mitgliedszahl der amtlich registrierten Gewerkschaften 2.378.957 gegen 2.017.656 am Anfang des Jahres, eine Zunahme von über 360.000 Mitgliedern in dem einzigen Jahre. Die Zahl der registrierten Gewerkschaften war von 639 auf 680 gestiegen. Inzwischen stellen diese Zahlen keineswegs die ganze Kraft der britischen Gewerkschaftsbewegung dar.

Table with 3 columns: Jahr, Zahl der Organisationen, Zahl der Mitglieder. Data from 1902 to 1911.

In den zehn Jahren hat die Mitgliedszahl sich um rund 775.000 zugenommen, wovon fast die Hälfte auf das Jahr 1911 allein entfällt.

Organisationen in größere Verbände ist ununterbrochen, aber bis Ende 1911 ging diese Entwicklung nur sehr langsam vor sich.

Inzwischen übermitteln diese Zahlen ein überaus reiches Bild von der Beschaffenheit der britischen Gewerkschaftsbewegung. Von den 680 registrierten Gewerkschaften hatten die meisten größtenteils am Ende des Jahres 1911 und eine Million Mitglieder, und unter diesen zwölf Organisationen befanden sich vier Districtverbände der Bergarbeiter, die ja in dem großen Nationalverband der Bergarbeiter überrepräsentiert sind.

Die Finanzen zeigen einen ähnlichen Aufschwung wie die Mitgliederzahl. Der gesamte Jahresumsatz der registrierten Gewerkschaften betrug Ende 1911 6.320.712 Pfund Sterling (120 1/2 Millionen Mark), eine Zunahme während des Berichtsjahres von über 450.000 Pfund.

Der Zentralverband der Schumacher im Jahre 1912.

Die Entwicklung des Verbandes machte im Berichtsjahre keine besonders erfreuliche Fortschritte. Seine Mitgliederzahl ging um 305 gegenüber dem Vorjahre zurück, die Beträge im vierten Quartal des Vorjahres 45.487.

Der Verband hatte im Jahre 1912 231 Lohnbewegungen zu führen, an welchen 15.815 Personen beteiligt waren. Von diesen Bewegungen entfielen 138 mit 14.014 Beteiligten auf handwerkliche Betriebe, 136 Lohnbewegungen mit 13.049 Beteiligten konnten ohne Arbeitsunterbrechung, durch Vereinbarung mit den Unternehmern erledigt werden.

Die Arbeitslosigkeit war auch im Jahre 1912 eine große; sie betrug im 1. Viertel 9,8 Proz. hinter dem Berichtsjahre 1908 zurück. Auch gegenüber dem Durchschnitt der Arbeitslosigkeit in anderen Verbänden war die Arbeitslosigkeit im Schumacherberuf um 0,3 Proz. höher.

Der seit 1906 schon zu beobachtende schiefte Geschäftsengang, der gewissermaßen eine Krise in Permanenz ist, verurteilt den Verband fortwährend hohe Ausgaben für Arbeitslosen- und

Der Eindringling. (Nachdr. verb.)

Roman von Blasco Ibanez.

Ins Deutsche übertragen von Julio Brota.

Der Tod unläuterer stets die elende Menge, wie ein heißhungriger Wolf die Schaafherde unläutert, immer wadman, immer Jäne und Klauen wehend. Hier ein Dieb mit der Lauge, dort ein Dieb; unermüdlich laich nach der große Feind.

Arzeti fuhr aus seinen Gedanken auf, als er bemerkte, daß er die einzige Straße von Sabarra erreicht hatte, wobei Reiben von elenden Wüsten, die sich an die betretelten Längs des Berges anfangenden Felsblöcke lehnten.

Arzeti verstand seit langem den Nummel, wenn er kam, gab er Strantheiten zu Haus, aber nur im äußersten Notfall waren die Leute dazu zu bringen, hinunter ins Spital zu gehen.

annes Wort gehend; vor ihm trabte der Junge aus Ramora, von Zeit zu Zeit ficher hinter sich schauend, als fürchte er, die Weiberhand gegen den Doktor in Beschlag nehmen.

Vor einer Hütte, die die ärmlichste des Ortes war, sah ein Mann mit langem, krauem, grauem Bart und raudhte. Seine bulgarischen Frauen bedeckten ihm beinahe die Augen, und ein Ausdruck der Verachtung durchstrahlte jeden Augenaugblick sein schmachtliches Gesicht.

Und die Revolution, sag', wann schlagen wir das? Kanabart warf einen jenen Blick auf den Doktor, als wolle er aufstehen. Dann aber sagte er sich geschwind, spulte sich und sprach:

Spalten Sie nur, Don Luis. Sie sind gewöhnt, sowohl die Schmerzessagen des Reichden wie die des Armen zu hören, und zu sehen, daß beide sterben müssen; deshalb lachen Sie über das Treiben der Menschen. Schlichtig sind wir doch nur.

Und mir, was soll mir geschehen? — fragte der Doktor. Sie sind ein Spotvogel, der sich nicht viel aus dem Leben macht, aber mit Sprach und Ernst erweitert sie den Armen Gutes und lobt Sie in Gemeinschaft mit ihnen. Sie sind loszulassen unferneis.

Es war das Haus der Zaßhöher, die elende Wohnstätte der Winzerarbeiter. Arzeti war gewöhnt, jene elenden Schlußpötel zu betreten, die nach lauerem Frost, Rauch und heißen Stunden rochen. Im Eingang stand die der Dert mit spärlichem allen Geld zur einem Meaß.

Das war das Haus der Zaßhöher, die elende Wohnstätte der Winzerarbeiter. Arzeti war gewöhnt, jene elenden Schlußpötel zu betreten, die nach lauerem Frost, Rauch und heißen Stunden rochen.

von den Heberbleiseln ihrer hungernen Bestier zu nähren fähigen.

Die Alte brach beim Anblick des Arztes in Jammern aus. Es stand sehr schümm mit dem armen Mann. ... Ob er wohl wieder aufkommen werde ... Sie hatte ihn so lieb gewonnen, nachdem er einige Jahre ihr Schicksal gemein gehabt.

Was ich an meinen bedauert, Frau Getrudis, ist, daß, wenn er stirbt, ihr einem Kind täglich verliert.

Ach, lieber Don Luis, wir sind arm, und jeden Tag gibt's mehr Kolbhauser für die Grubenleute. Ich bin Alter, ich darf nicht mehr arbeiten; und wenn ich in der Grube faum zu viel, mich ein Vuh. Nur damit diese Kolbhauser aus Ramora können mir zur Luft auskommen. Darmseliger Gott. Sie wissen nicht, Don Luis, was ein Real täglich für uns bedeutet.

Der Arzt jedoch einen Vorhang von rottem verblättern Karmin beiseite, hinter welchem ihm ein dunkles Roth entgegenstrahlte, wovon das Welt des alten Ehepaars hand. Er ging hinein, obwohl einem zweiten Vorhang zurück und sah ein nicht viel größeres Schlafzimmer, das fast ganz von einem enormgroßen aus rohen, ungeschobelten Brettern und Balken eingemauerten Bette eingenommen wurde.

Arzeti dachte mit Verbitnis an die von den Inzassien dieser Spelunken verbrochten Nächte. Die Arbeiter kamen nach Hause abends von der harten zwölfstündigen Arbeit im Bergwerk. Nachdem sie das Nachessen, Kartoffeln und Bohnen mit etwas Speck oder Strohfrisch eingenommen, schliefen sie auf jenem elenden Lager, indem sie bloß die Hüft auslegten, oder höchstens noch die Nade und die übrigen zum Schwitz und oft vom Regen durchmarkten Weider abdeckten.

Arzeti schied sich zum Schluß. (Fortsetzung folgt.)

und für Branntweinverkauf. So wurden im Jahre 1912 veranschlagt: 148 972 M. für Arbeitslohn und 225 621 M. für Branntweinverkauf. Ferner 24 267 M. für Meistertätigkeit, 8866 M. für Lehrlingstätigkeit, 540 M. für 230 Schornsteine, 1698 M. in Kosten für 10 028 M. in Sterbefällen, 2425 M. für Reichslohn und 4387 M. an gemacgelte Mitglieder. Die Gesamtausgabe für Unterhaltungen betrug 682 959 M. Der Vermögensbestand der Caspielle betrug am 30. April des Berichtsjahres 1 028 M., der der Sozialkassen 244 153 M., der Gesamtvermögensbestand 900 182 M.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 13. Mai 1913.

Der haldtische Fleischverkauf.

In den verschiedenen kommunalen Bezirksvereinsversammlungen haben in letzter Zeit allerlei Bezirksvereinsgruppen gegen den Fleischverkauf gemeldet. Sie fordern bestenfalls die Aufhebung der Fleischverkaufsgesetze. Sie fordern bestenfalls herabgesetzt hatten. Einige unzufriedene Stadtvorordnete haben sich ebenfalls nicht scheut, die Forderung nach Aufhebung des haldtischen Fleischverkaufs zu stellen, und je jetzt überflüssig sei. Diese faulen Begründungen dröhen jetzt vollends zusammen, wenn man bedenkt, daß der Umsatz im haldtischen Fleischverkauf in den beiden letzten Monaten noch recht erheblich gewesen ist. Er betrug im März 89 000 M., im April 67 000 M. Der geringere Umsatz im April ist aber nur ein Scheinbatter, denn erweist sich eine ganze Ladung Fleisch ausgeblieben, was einen Anstieg im Umsatz von über 7000 M. ausmacht, weiter ist der Monat einen Zag länger und schließlich muß in Betracht gezogen werden, daß die Bevölkerungszahl erheblich gestiegen und die Verkaufzeit auf nur wenige Stunden des Vormittags beschränkt worden ist. In diesen wenigen Stunden ist es einem sehr großen Teile der Bevölkerung nicht möglich, den haldtischen Fleischverkauf zu benutzen. Die Gerichte des großen Verkehrs für die Stadt beruhen auf Unwissenheit und werden von gewisser Seite nur fortgesetzt, um den haldtischen Fleischverkauf herabzuwürdigen. Nichtig ist nur, daß Differenzen mit den russischen Exporteuren vorgekommen sind, weil an den sehr warmen Tagen das Fleisch nicht einwandfrei hier eingetroffen ist. Den Schaden haben aber die Exporteure zu tragen und nicht die Stadt, die vertraglich nur ein w a n d r i c h e Ware hier abnimmt. Ob die Exporteure nach den gemachten Erfahrungen unter denselben Bedingungen im Sommer wieder liefern werden, ist eine andere Frage. Es liegt die Möglichkeit vor, daß, wenn verlangt werden sollte, die Stadt solle ab russischer Seite das Risiko übernehmen, der Versuch von russischer Seite abgelehnt werden muß, wodurch allerdings der weitere Betrieb im haldtischen Regie in Frage gestellt wurde, da hiesiges Fleisch teurer verkauft werden müßte.

Sie zu behaupten würde es sein, wenn auf Grund obiger Vorgänge der haldtische Fleischverkauf, der nach den Zahlen noch ein großes Bedürfnis ist, eingestellt würde, denn trotz des erheblichen Niedriganges der Großfleischpreise, merkt man an den Detailspreisen nur wenig von billiger werden, und wenn die Fleischer erst die unliebsame Konkurrenz wieder los sind, ist zu befürchten, daß die Detailspreise eher noch steigen als fallen. Die haldtische Steuerungsdeputation wird aber wohl auf dem Posten sitzen und nach der Leberangabe der heißen Sommermonate sofort wieder in Aktion treten, wenn es die Verhältnisse bedingen. Die Bevölkerung braucht für ihre gesunde Ernährung mit dem billigsten Fleisch, und wenn die haldtischen Preise infolge der Vollstauung aus dem Markt noch hoch genug sind, so weiß die Hausfrau doch wenigstens, daß sie ihr bestes Fleisch gelegentlich auch mal ein sogenanntes „besseres Stück“ bekommt. Für das sie beim Fleischer das Doppelte bezahlen müßte. Eine Vereinfachung des bisherigen Fleischverkaufs würde für die ärmeren Schichten eine in sozialer und hygienischer Beziehung folgenreiche Besserung bringen.

An der Bevölkerung ist es nun, die weitere bringende Notwendigkeit des haldtischen Fleischverkaufs durch gesetzliche und tatsächliche Benutzung dieser billigeren Ernährungsmöglichkeit zu beweisen. Der Verkauf des haldtischen Fleisches erfolgt an folgenden Stellen: Tholauerstraße 6, Zeilingsstraße 34, Glauchaer Straße 71a, Mühlbergstraße 3, Or. Steinstraße 27/28, Walfischerstraße 17, Reilstraße 126, Metzgerstraße 102, Weiler Straße 13e, Wilschdorfer Straße 2. Der Einkauf steht jedem Einwohner der Stadt Halle unter gleichen Bedingungen frei. Der Verkauf findet täglich nur nach früh von 1/2 bis 1 1/2 Uhr statt. Freitag vorabend am mittelmäßig von 5 bis 8 Uhr. Sonnabends von morgens 7 bis 12 Uhr und von 2-9 Uhr abends verkauft. Die Verkaufspreise sind in jeder Verkaufsstelle angehängt.

Schrecken des Krieges — gibt's ja gar nicht!

Eine haldtische Schreie von ganz übermäßigem tragischer Wirkung hat sich die hallesche Zeitung dieser Tage selbst in ihr freies Jünglingsalter verleiht. Man mag es glauben oder nicht, dieses drastische, für die Reichhaltigkeit haldtischer Zeitungsmacher bezweifelnde Spektakelstück gebührend anzunehmen. Es muß das aber unbedingt trotz der paar Zeile Verschönerung nachvollzogen werden, um diesen ernsthaften Versuch in der feuerkräftigen Meinungsbildung der haldtischen Leser zu unterstützen. An dem Zeitartikel der halleschen von Freitag mittelmäßig hat das Blatt mit haldtischen Bemerkungen gegen die Behauptung von den Schrecken des Krieges. In acht ununterbrochenen Schritten schreitet das Blatt:

„Die seltsamen Schwärmer, die den ewigen Krieg mit derselben Fortwähigkeit prägen, wie früher Aug.

Obel den bevorstehenden Abdrückungen, führen als „Gewaltmittel“ für das kommende goldene Zeitalter die sich heiligend durchdringende der Kriege an. Die armen Armen haben keine Ahnung davon, daß die heutigen Verbände viel u n b e r e i c h e r sind als die früheren. Galt werden deren vollkommen „ausgerieben“, aber schon in unseren letzten großen Kriege gegen Frankreich überstieg der Menschenerwerblich sich wieder, es mühen längere Zeitschulden auf die Arbeit des hiesigen Bauhauften, während wir demgegenüber behaupteten, man werde überhaupt über die verhältnismäßig geringen Verluste sein!“

Später heißt es dann: Auch das moderne Infanteriegeschloß ist außerordentlich human. „Dieser kleine Wogen“ mit Haldtismantel schlägt einen glatten, feinen Haldtismantel hat der weitere Herrschaft ist außerordentlich haldtisch geworden und beruht auf jeder einzelnen Infanterie. Mit ein Schuß nicht sofort tödlich, so kann man in den meisten Fällen sicher sein, daß der Verbundene nach wenigen Wochen wieder geteilt ist. — Welch liebliche Aussicht! (H. 8.)

Und schließlich wieder es in diesem so gefühloosen Scherzstück dann noch zum Beweis für die Geringschätzung der Verluste, daß bei dem Sturm auf Adrianopel von den 112 000 Mann, die an diesem Kampfe beteiligt waren, insgesamt — 1572 Leute einschließlich der Offiziere gefallen seien. — Wohlgerichtet bei dem einen letzten Sturmangriff.

Also, mit den Schreden des Krieges, das ist Varenngrebe; es geht alles viel unblutiger als früher und ganz human zu im Kriege. So steht's im Zeitartikel. — Wendet man aber das Wort um, so steht genau auf der Midschite dieses haldtischen Zeitartikels unter Verhältnissen über die Kriegsgewalt eine der traffensten Schilderungen, die wir je gelesen haben. Es lohnt sich, einen ausführlichen Auszug daraus zu bringen, denn so aufrege findet man das Material nicht so bald wieder. Dieser Artikel der halleschen lautet also:

Der Edwin Weiss, ein englischer Anwalt, der in Konstantinopel wohnt, weiß in dem Bericht Weiss, daß der Verlust an Soldaten während der letzten Schlacht gegen die Osmanen geradezu verhältnismäßig gewesen ist. Die Zahl der Soldaten, die in der Schlacht gefallen, Epithemien erliegen oder infolge großer Erschöpfung verhungert oder erstoren sind, läßt sich noch nicht genau feststellen; es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß die Gesamtzahl nicht auf mehr als 200 000 beläuft. In anderen 50 000 Mann gegen die Osmanen in den letzten Tagen im Mittelmeer, Kule Burgas und auf dem Südrand von hier bis zur Thakalabadi-Linie gestorben. Es ist ferner mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß zwischen Adosho und Thakalabadi 30 000 Mann gefallen sind; das ist jedoch nur ein Bruchteil der Verluste, die die Türken erlitten. Da die Osmanen in der Schlacht gegen die Russen einen großen militärischen Erfolg errungen, ist es nicht möglich, die Verluste genau festzustellen, aber man schätzt, daß auf diese Weise täglich 70 bis 800 Mann den Tod gefunden haben. In dem macedonischen Feldzuge gegen die Serben haben die Türken weitere 30 000 Mann verloren; dann verloren sie in der langen Reihe von Schlachten gegen die Griechen während des Jahres 1911 und 1912 insgesamt 20 000 Mann; in den Kämpfen gegen die Griechen mußten sie annähernd die ganze Verluste erlitten haben; in den Kämpfen gegen die Montenegroer dürften 10 000 Türken das Leben gelassen haben; und in den kleineren Treffen und Schanzkämpfen, die auf dem ganzen Kriegsschauplatz, zwischen dem Schwarzen und dem Schwarzen Meer, an der Tagesordnung waren, sind überdies noch 15 000 Türken im Leben gekommen. Man braucht diese Zahlen nur zusammenzusetzen, um zu erkennen, daß die Verluste der Türken sehr groß gewesen sind. Auf dem Verlaufsplan sehen außer den Toten auch die 150 000 Gefangenen, die sich in den Händen der Bulgaren, der Serben und der Griechen befanden. An der Tagesordnung eine unerbittliche Katastrophe der Krieg für die türkische Bevölkerung des Osmanischen Reiches gewesen ist. Der Krieg hat aber noch mehr Opfer gefordert; man denke nur an die Tausende und Abertausende von Frauen, Mädchen, Weibern, die in dieser Nacht aus und Hof getrieben, als Flüchtlinge und als Sklavinnen in den Truppen der Verbündeten überführt wurden. Von diesen Engländerinnen sind Tausende auf der Fahrt aufgenommen; weitere Tausende sind in Konstantinopel, in Saloniki und anderswo in ihren Kirchen geflohen, und Sehtausende wurden nach Westen geschafft und in Gegenden interniert, aus welchen sie kaum jemals wieder zurückkehren werden. In Saloniki wurden unzählige Tausende, die der gegenwärtige Krieg der Türkei gebracht hat, erstickt das Gend, das die osmanischen Völkereien im Laufe aller Kriege des 19. Jahrhunderts erlitten haben, geradezu ein harmloses Kinderpiel.

Trotz alledem schreibt aber auf demselben Blatt der Zeitartikler der halleschen: Die armen Armen haben keine Ahnung davon, daß die heutigen Verbände viel unblutiger sind, als die früheren. — Man wende sich aber nicht über die verhältnismäßig geringen Verluste — wie außerordentlich human herabgelassen wird.

Nach dieser Gegenüberstellung wird es nicht schwer sein, zu entscheiden, wo wirklich die armen Armen liegen, die keine solche Ahnung haben! Die konstantinopler Redaktionsstuben scheinen davon überflüssig zu sein.

• Von der Straßenbahn. Gestern vormittag entgleiste in der Nähe von Mansfelder Straße 6 ein Motorwagen der Straßenbahn. Der Wagen wurde in die Schienen zurückgezogen und konnte mit einem Personalle von 15 Minuten wieder in Betrieb genommen werden. Der Fahrer ist durch Umlegen geteilt worden. — Ein zweistöckiger Wagen wurde Dienstag vormittag von einem Stadtbahnwagen an der Kreuzung Kronenfelder und Preimfelderstraße angefahren und stieß auf der linken Schulter verlegt. Dem Wagenfahrer trifft keine Schuld. — Gestern nachmittag fand in der Mansfelder Straße zwischen einem Motorwagen der Straßenbahn und einem Nutzfahrzeug ein heftiger Zusammenstoß statt. Am Motorwagen wurde der hintere Teil zerstört. Der Nutzfahrer blieb unbeschädigt. Es ist niemand verletzt. Die Schuld soll dem Geschäftsführer treffen.

Bericht über die Arbeit der Sekretariate.

Das Arbeitersekretariat Halle a. S. wurde im Monat April von 1846 Berichten in Anspruch genommen. In diese wurden 2027 Auskünfte erteilt. Das ist die höchste Fremden, die je das Arbeitersekretariat seit seinem Bestehen erreicht hat. Die jüngste Statistik des Reichs zeigt 122 Einwohner und 1162 Ausländer. Unter letzteren befinden sich 116 schriftliche Auskünfte und 971 für die Nachkommen angefertigte Schriftstücke.

Die Tätigkeit des Sekretariats erstreckte sich auf folgende Gebiete:

Auskünfte Schriftstücke	1892
1. Arbeiterversicherung	325
2. Privatangelegenheiten	30
3. Arbeits- und Dienstvertrag	207
4. Bürgerliches Recht	378
5. Gemeinde- u. Staatsangelegenheiten	987
6. Strafrecht	77
7. Vereins- u. Verfallungsrecht	7
8. Arbeiterbewegung	16
9. Privatrecht	1
10. Handels- und Gembergeschäften	8
11. Diveries	11

Nach Art und Beruf geordnet, verteilen sich die Ausfallenden wie folgt: Arbeiter und deren Angehörige 1638, Arbeiterinnen 60, Gehilfen 57, Wägen 46, Spinnweber 40, weibliche Arbeiterinnen 2 mündliche Besprechungen 1162, Bergbau 2, treibende 23, Privatangelegenheiten und Handlungsschreiben 16, Verdinge 12, Staats- und Gemeinwesen 11, Institute und Körperschaften 11, selbständige Landwirte 5.

Organisiert waren 1604, die sich auf die einzelnen Verbände wie folgt verteilen: Arbeiter 189, Bauarbeiter 189, Bergarbeiter 80, Wägen 3, Arbeiter 3, Bergarbeiter 27, Bergbauangehörige 4, Schneider 4, Buchdrucker 38, Buchdruckerarbeiter 10, Buchdrucker 4, Arbeiter 227, Arbeiter 1, Gattungsangehörige 3, Gattungsangehörige 12, Arbeiter 128, Arbeiter 3, Arbeiter 8, Arbeiter 25, Arbeiter 25, Arbeiter 16, Arbeiter 25, Arbeiter 1, Arbeiter 1, Arbeiter 3, Arbeiter 3, Arbeiter 152, Arbeiter 2, Arbeiter 4, Arbeiter 6, Arbeiter 35.

Ihren Wohnort hatten in Halle selbst eingemeindeten Berorteten 1277, in anderen Orten 572 Berorteten.

• Im Garten des Volksparks findet heute nachmittag und abend großes Freiengarten der Engländerinnen Kapelle statt. Es kann herzlich und geruhsam festeren Genossinnen und Genossen nicht dringend genug empfohlen werden, den im herrlichen Frühlingsszenen prägnanten Garten der halleschen Arbeiterpartei zu besuchen.

• Die Lebensversicherung ist ein glänzendes Geschäft für die Kapitalisten. Zur des Jahr 1912 zeigt die Viktoria 75 Proz. der Voreinzahlung, die Friedrich Wilhelm 38 1/2 Proz. In beiden Fällen ist eine beträchtliche Erhöhung des Profits gegen 1911 zu verzeichnen. Beim Nordhorn erhalten die Aktionäre 408 M. pro Aktie von 100 M., bei der Viktoria 300 M. pro Aktie von 100 M. pro Aktie. Die Thüringia zeigt fast 375 M. pro Aktie der 1911 400 M. pro Aktie der 1912. Bei der Viktoria der Verfallungsbeitrag werden für Zuschüsse 560 M. pro Aktie und für Zuschüsse 81 250 M. gezahlt.

Diese gewaltigen Summen bleiben den Berorteten nur dann in der Tasche, wenn sie sich der gemeinnützigen Volkspartei anschließen und ihre Aktien und Aufschüsse Dividende schlucken.

• Zum Besuche der Internationalen Bauausstellung in Leipzig wird auf Anregung des Leipziger Gewerkschaftsrates von der Ausstellungskommission Vorzugskarten zu dem Preise von 55 Pf., einschließlich der Benutzung der Garderoben und Toiletten, für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige zur Verfügung gestellt werden. Die Karten sind für einzelne Mitglieder bei den Vorständen der Leipziger Gewerkschaften zu erhalten. Für auswärtige Gewerkschaften-Kartelle und Gewerkschaften, die die Ausstellung gemeinschaftlich besuchen wollen, werden auf Wunsch lokale Vorstände durch das Leipziger Gewerkschaftsrat jederzeit und in jeder beliebigen Anzahl bereitgestellt, wenn rechtzeitig, möglichst eine Woche vor dem Beginne, entsprechende Mitteilung gemacht wird. Die Bezahlung der Karten erfolgt bei der Ausgabe. — Die Kartellstellen sind an den Gewerkschaften zu beschaffen. — Die Kartellstellen sind am Dienstag und am Donnerstag in den Vorzugsarten freie Zeitkarten.

• Volkspart. Ein Kinder-Räpel wurde gestern nachmittag im Volkspark von einem Hund fortgenommen. Die betreffende Person wird erlucht, den Hund im Kontor des Volksparks abzugeben.

• Stadtfeuer. Auf das heute abend 8 05 angelegte Benefiz für Frauenverein Emma Schömer ist nochmals hingewiesen. Zur Ausführung gelangt in vollständiger neuer Einrichtung das Schauspiel „Genoveva von Friedrich Hebel mit der Person. Hofkapellmeisterin Maria Schömer als Galt in der Titelfolle. — Wittwof Abschiedsvorstellung für die Damen Acherberg, Oerta und die Herren Oeler und Braune, ehemalige Aufführung von Eudermanns Deimal. Donnerstag letzte Vorstellung der Spielzeit Genoveva von Hebel, Abschiedsopfer Maria Schömer.

• Anglistische. Im Hofschloß des Stadthauptdepots platze am Sonnabend nachmittag gegen 1 Uhr ein Messerbohrer. Ein Arbeiter wurde durch die heftigen Schüsse, die er erlitt, innerlich verbrüht. Der Verletzte wurde der Klinik zugeführt. — Ein Schloßer trat Montag abend in dem Grundstück Geilstraße 5, wofür er sich bei einem Tanzengegnen befand, beim Begehen einer Treppe schlief und brach den rechten Unterschenkel. Der Verletzte, der dem Unfall durch Unvorsichtigkeit schuld beizugesetzt hat, wurde mittels Kranwagen zum Elisabethinenkrankenhaus zugeführt.

• Selbstmord. Durch Einsetzen von Klefals besuchte Sonntag nachmittag ein haldtischer Handlungsgeselle Selbstmord. In betrunkenem Zustand wurde er mittels haldtischen Kranwagens der Klinik zugeführt.

Dem verehrten Publikum

geben wir hiermit zur Kenntnis, dass wir, den gesteigerten Anforderungen der Hygiene und den gesundheitspolizeilichen Ansprüchen Rechnung tragend, neben der bisherigen Gepflogenheit, die Verabfolgung der Milch aus den Wagenkannen, Einrichtung getroffen haben, die von unserem eigenen, ununterbrochen tierärztlicher Beobachtung und staatlicher Kontrolle (Tuberkulose-Tilgungs-Verfahren) unterstehenden Milchvieh gewonnene

Vollmilch von jetzt ab auch in Flaschen

in den Handel zu bringen, um damit eine vollkommen einwandfreie, gesunde Milch zu gewährleisten. Dank der fortgeschrittenen Technik im Molkereigrösbetriebe und vermöge geeigneten, luftdicht schließenden Flaschenverschlusses, bietet die Neueinrichtung Gewähr für grösste Sauberkeit, volles Mass und unveränderte Beschaffenheit der Milch. Wir bitten deshalb, Flaschen mit verletztem Verschluss zurückzugeben.

Unsere Wagen fahren Flaschen mit 1 Liter und 1/2 Liter Inhalt zum Preise von 24 Pfennig für 1 Liter.

Molkerei Trotha, Gebr. Nage, Halle-Trotha.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130514-18/fragung/page=0006

